



Medienmitteilung vom 14. Januar 2021

CVP begrüsst Massnahmen der Regierung und hat Erwartungen

Die CVP Graubünden begrüsst den innovativen und wegweisenden Entscheid der Bündner Regierung sehr, grossflächig Massentests in Graubünden zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie durchzuführen. Gleichzeitig erwartet die CVP Graubünden finanzielle Soforthilfe für besonders notleidende Betriebe.

Die CVP Graubünden begrüsst den Entscheid der Bündner Regierung ausdrücklich, im ganzen Kanton flächendeckende Massentests zu COVID-19 durchzuführen. Die flächendeckenden Massentests wurden von der Wissenschaft schon längst gefordert und bereits haben erste grössere Betriebe positive Erfahrungen damit gemacht. Auch in Südbünden kann eine positive Bilanz aus den Massentests gezogen werden. Diese haben nämlich gezeigt, dass dadurch die COVID-19-Ansteckungen reduziert werden können. Kevin Brunold, Präsident der CVP Graubünden, sagt dazu: «Die Regierung verfolgt mit ihrem Vorgehen einen innovativen, fortschrittlichen und weitsichtigen Ansatz, in den wir grosse Hoffnungen setzen.» Mit dem Vorgehen der Regierung steht nämlich nicht mehr der Konflikt Wirtschaft gegen Gesundheit im Fokus. Mit Massentests können infizierte Personen frühzeitig erkannt und isoliert werden, so dass die Ansteckungsziffer reduziert wird. Dies bedingt allerdings ein regelmässiges Testen, damit entsprechende Infizierte frühzeitig erkannt werden können. «Der Kanton Graubünden nimmt damit eine Vorzeigefunktion wahr, die hoffentlich weitere Kantone animiert, in die gleiche Richtung zu gehen.»

Aufgrund der gestern beschlossenen weitergehenden Massnahmen des Bundesrates fordert die CVP Graubünden, dass der Kanton und die Gemeinden die Unternehmungen jetzt unterstützen. Die Unterstützung kann einerseits in Form von sistierten Rechnungen auf staatliche Abgaben wie Steuern, Gebühren und Beiträge erfolgen, um die Liquidität der Bündner Unternehmen nicht zusätzlich zu strapazieren und zu gefährden. Andererseits ist zu prüfen, ob finanzielle Beiträge an besonders notleidende Unternehmungen gesprochen werden sollen – im Sinne einer Vorauszahlung auf die Bundesgelder, die noch kommen sollten. «Was nicht sein kann, ist dass der Kanton Gelder spricht, für welche eigentlich der Bund aufkommen muss. Deshalb kann es sich nur um eine Vorfinanzierung handeln.» Für die Vorauskasse des Kantons sind einfache, rasche und unbürokratische Entscheidungen notwendig. Gleichzeitig appelliert die CVP Graubünden dringend an den Bund, endlich ebenfalls Gelder zu sprechen und auch wieder die Corona-Kredite des Frühjahres 2020 zu aktivieren: «Viele Unternehmungen brauchen jetzt vor allem liquide Mittel, um ihre Rechnungen zu begleichen. Es ist für uns völlig unverständlich, wieso die Gelder, welche im Frühjahr vom Bundesrat gesprochen, aber nicht beansprucht wurden, jetzt nicht mehr zur Verfügung stehen. Es kann nicht sein, dass Betriebe, die damals aus hehren Überlegungen keine Gelder beansprucht haben, jetzt bestraft werden», so Kevin Brunold weiter.

Für weitere Auskünfte stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung:

Kevin Brunold, Parteipräsident und Grossrat, Tel. 078 847 62 68

Reto Cramer, Fraktionspräsident, Tel. 079 727 15 68